



## Menschenrechte in China

### «In Xinjiang lebt keiner mehr, der nicht mehrere Verwandte vermisst»

**Während die chinesische Regierung Angehörige von Minderheiten im eigenen Land in Zwangslagern festhält, wächst Chinas Einfluss in Europa weiter. Dabei verfolgt das Land mit der wirtschaftlichen Verstrickung gefährliche Eroberungsmotive – dies belegt der Zeugenbericht einer Geflohenen.**

Das weisse Kreuz auf roter Flagge weht neben Halbmond und Stern auf blauer Flagge: Mitglieder des Uigurischen Vereins Schweiz versammeln sich schweigend vor dem Bundeshaus. Sie tragen blaue Overalls, symbolische Masken und Schilder mit der Forderung: «No Complicity! Freihandelsabkommen mit China neu verhandeln». Sie stehen für das, was sich ihnen

schmerzlich ins Innere gebrannt hat: Das Wissen über die Grausamkeiten, denen ihre Gemeinschaft in der chinesischen Provinz Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) täglich ausgeliefert ist. Die chinesische Regierung geht dort gezielt und systematisch gegen die muslimischen Minderheiten vor. Mindestens eine Million Menschen werden in Zwangslagern festgehalten sowie Zehntausende zur Arbeit in Zuliefer-Fabriken von internationalen Marken gezwungen.

#### Die Schweiz macht sich zur Komplizin

In Anbetracht der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von China kann nicht ausgeschlossen werden, dass Produkte aus Zwangsarbeit in die Schweiz



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**



Viele Uigurinnen und Uiguren im Exil haben keinen Kontakt mehr zu ihren Verwandten in Ostturkestan. An der Petitionsübergabe demonstrierten sie für den Schutz der Menschenrechte im Freihandelsabkommen mit China.

gelangen. So zum Beispiel die Corona-Schutzmasken, die in den meisten Fällen aus China kommen: Eine Recherche der New York Times ergab, dass zahlreiche chinesische Masken-Hersteller auf Zwangsarbeit setzen. Die wirtschaftliche Verflechtung mit China zeigt sich insbesondere in der Textilindustrie. Denn China ist der grösste Baumwollproduzent der Welt, wobei 84 Prozent aus der Provinz Ostturkestan stammen. Marken wie H&M, C&A oder Calvin Klein sollen für ihre Produkte Baumwolle aus der Region beziehen (Stand Sommer 2020). Eine internationale NGO-Koalition, zu der auch die GfbV gehört, wies im Sommer darauf hin, dass mit grösster Wahrscheinlichkeit weltweit jedes fünfte Baumwollprodukt mit Zwangsarbeit und Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan in Verbindung steht.

Der Präsident des Uigurischen Vereins Schweiz, Endili Memetkerim, sagt: «Damit sich die Schweiz nicht zur Komplizin macht, muss sie das Freihandelsabkommen mit China neu verhandeln. Menschenrechte und Klauseln gegen Zwangsarbeit müssen ausdrücklich darin festgehalten sein.» Über 23'000 Menschen haben die Petition unterzeichnet. Lanciert wurde sie vom Uigurischen Verein Schweiz, Campax und der GfbV.

### Geflüchtete warnt vor Chinas Einfluss

Die Petitionsübergabe Anfang September war für die in der Schweiz lebenden Uigurinnen und Uiguren ein wichtiger Moment.

Sie setzten ein Zeichen, stellvertretend für die Zurückgebliebenen in der Heimat. Fast jede muslimische Familie in Ostturkestan ist von den Inhaftierungen betroffen: «In Xinjiang lebt keiner mehr, der nicht mehrere Verwandte vermisst», schreibt Sayragul Sauytbay in ihrem Buch «Die Kronzeugin» (siehe Interview auf Seite 8). Die Angehörige der kasachischen Minderheit musste als Staatsbeamtin die Mitgefangenen in einem solchen Zwangslager unterrichten und hatte dabei Einsicht in die Pläne der chinesischen Regierung. Nach ihrer Freilassung gelang ihr die Flucht nach Europa und seither teilt sie ihr Wissen über das Innerste des Regimes. Neben dem Aufruf, Chinas Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sanktionieren, hat Sayragul Sauytbay noch eine zweite Botschaft: Sie warnt die demokratischen Länder ausdrücklich vor der Einflussnahme Chinas. Die Unterdrückung der Minderheiten in Ostturkestan sei erst der Beginn einer langfristigen Unterwerfungsstrategie: «Ziel des chinesischen Eroberungsfeldzugs ist die politische Kontrolle auf der ganzen Welt», schreibt Sauytbay in ihrem Buch.

### Bedenken tauchen auf

Die chinesische Regierung hat ihren Einfluss weltweit festigen können, zum Beispiel über Investitionen und Firmenaufkäufe. Für die Schweiz stellt China seit zehn Jahren den dritt wichtigsten Handelspartner dar. Die Schweizer Regierung

hat im vergangenen Jahr als eines der ersten westlichen Länder eine Absichtserklärung unterzeichnet für die Zusammenarbeit im Rahmen der «Belt and Road Initiative» (BRI), dem neuen Handels- und Verkehrsnetz zwischen Asien, Europa und Afrika. Mittlerweile hat die Zunahme an schockierenden Berichten über Menschenrechtsverletzungen in China bei der Schweizer Regierung offenbar doch auch Bedenken ausgelöst. So sagte Bundesrat Ignazio Cassis in einem Interview mit dem «SonntagsBlick», dass die Schweiz ihre Interessen und Werte, in Anbetracht der Situation, gegenüber China robuster vertreten müsse. Auf Anregungen der GfbV haben das Aussendepartement und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im September Vertreter des Schweizer Textilsektors zu einem Round-Table eingeladen, um sie für die Menschenrechtslage in China zu sensibilisieren. Bis Ende Jahr will der Bund eine neue China-Strategie ausgearbeitet haben. Die GfbV fordert die Schweiz auf, die Menschenrechte ihren Wirtschaftsinteressen mindestens gleichzustellen und die Vereinbarung über die BRI zu sistieren.

Text: **Amy Douglas** GfbV-Praktikantin Kommunikation



## Editorial

*Made in China – an diesem Label führt für Konsumentinnen und Konsumenten heute fast kein Weg mehr vorbei. Ein gutes Beispiel dafür sind die Corona-Schutzmasken, die in der Schweiz grösstenteils aus China kommen. Diese haben jedoch einen bitteren Beigeschmack: Recherchen zeigen, dass ein Teil dieser Masken aus Zwangsarbeit stammt und mit der Unterdrückung der Uigurinnen und Uiguren in Ostturkestan (Xinjiang) in Verbindung steht. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass solche Masken auch in die Schweiz geliefert wurden.*

*Um sicherzustellen, dass kein Produkt aus chinesischer Zwangsarbeit in die Schweiz gelangt, braucht es griffige Vereinbarungen. Deshalb hat die GfbV im Herbst gemeinsam mit dem Uigurischen Verein Schweiz und Campax in einer Petition den Bundesrat aufgefordert, das Freihandelsabkommen mit China zu Gunsten der Menschenrechte neu zu verhandeln (siehe Hauptartikel ab Seite 1).*

*Aber nicht nur in China betreibt die Regierung eine minderheitenfeindliche Politik. Auch die Regierungen in Brasilien und in Russland verletzen Menschenrechte der Indigenen im eigenen Land. So stellte sich der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro in Folge der Pandemie mit einem Veto gegen die Verpflichtung der Regierung, den Indigenen Trinkwasser, Hygieneprodukte sowie Krankenhausbetten zur Verfügung zu stellen, und trieb im Schatten von Covid-19 die Abholzung des Amazonas voran (Seite 7). Und die russische Regierung schwächt die indigenen Gemeinschaften, um ihre Territorien für Rohstoffabbau nutzen zu können (Seite 6).*

*Der Blick zurück aufs Corona-Jahr 2020 und auf die Entwicklungen in China, Brasilien oder Russland zeigt: Indigene Gemeinschaften und ethnische Minderheiten sind verstärkt auf Unterstützung angewiesen, um für ihre Rechte eintreten zu können. Möglich ist diese Unterstützung auch dank Ihrer Spende – herzlichen Dank!*

Angela Mattli, GfbV-Kampagnenleiterin

### IMPRESSUM

VOICE 4, Dezember 2020 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch  
**Redaktion:** Amy Douglas und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Tabea Willi und Thomas Heusser **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 5000 Exemplare  
**Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr  
**Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr **Titelbildfoto:** Franziska Rothenbühler

# #NoComplicity: Menschen

Die chinesische Regierung hat in den vergangenen Jahren die Unterdrückung von Menschenrechten in Ostturkestan (Xinjiang) massiv verstärkt.  
Die westlichen Länder sind wirtschaftlich eng mit China verflochten.



## Ostturkestan (chin. Xinjiang)



**Zehntausende Menschen** wurden aus den Lagern in Fabriken in- und ausserhalb Ostturkestans gebracht, wo sie für Zulieferer internationaler Marken arbeiten müssen.



In Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) sind mindestens **eine Million Menschen** in Zwangslagern eingesperrt.



Rund **400 Zwangslager** existieren in dieser Region.



Allein in den vergangenen Jahren wurden über **260 dieser Lager** neu errichtet.



Einige Lager haben **Platz für 10 000 Menschen**.



Seit der Corona-Krise **produzieren 51 Unternehmen** medizinische Schutzausrüstung wie beispielsweise Masken – vorher waren es deren 4. In mindestens **17 dieser Unternehmen** arbeiten Uiguren aus den Zwangslagern.



Unterdrückt werden Angehörige der **uigurischen, kirgisischen, kasachischen** und weiterer Minderheiten sowie auch Oppositionelle.



China ist mit Indien der grösste Baumwoll-Produzent weltweit; und **84 Prozent der chinesischen Baumwolle** stammen aus Ostturkestan.

### Quellen:

[https://www.buzzfeednews.com/article/alison\\_killing/satellite-images-investigation-xinjiang-detention-camps](https://www.buzzfeednews.com/article/alison_killing/satellite-images-investigation-xinjiang-detention-camps)  
<https://www.aspi.org.au/report/uyghurs-sale>  
<https://enduyghurforcedlabour.org/>  
<https://nyti.ms/3kQhjlp>

# Menschenrechte in China

Unterdrückung von Minderheiten und Oppositionellen systematisch verschärft.  
China verbunden – nun müssen sie endlich handeln.



**Jedes fünfte Kleidungsstück**  
weltweit ist möglicherweise mit Zwangsarbeit und Menschenrechtsverletzungen verbunden.

## Chronik der Unterdrückung

**1949**

Seit der Besetzung durch China gehört Ostturkestan unter dem Namen «Xinjiang» zur Volksrepublik China. Die Grundrechte der Minderheiten werden immer wieder verletzt.

**2009**

Eine Demonstration von Uiguren gegen die anhaltende Diskriminierung eskaliert und führt zu rund 200 Toten.

**2014**

Präsident Xi Jinping ruft die gegen die Uiguren gerichtete Kampagne «Hartes Durchgreifen gegen Terrorismus» aus. Erste Zwangslager entstehen.

**2014**

Zwischen der Schweiz und China wird ein Freihandelsabkommen in Kraft gesetzt.

**2019**

Die «China Cables» und weitere Enthüllungen beweisen die Existenz der uigurischen Zwangslager und der systematischen Unterdrückung von Minderheiten.

**2020**

Der Handelsstreit zwischen den USA und China verschärft sich. Im Juni verabschiedete die Trump-Regierung ein Gesetz, das wegen der Verfolgung der Uiguren Sanktionen gegen chinesische Regierungsmitglieder zulässt.

**2020**

Im Zuge der Corona-Krise gerät China international in die Kritik und kontert mit einer Hilfs- und Imagekampagne.

**Sommer 2020**

Gemäss Aussagen von Bundesrat Cassis soll die Schweiz gegenüber China mit ihren Werten stärker auftreten.

## Indigene in der Arktis

## Gemeinschaften bangen um ihre Identität

FOTO: EVGENII MITROSHIN, SHUTTERSTOCK



Indigene Rentierzüchter wehren sich gegen Rohstoffabbau-Projekte, die ihre Tradition und Lebensweise zerstören würden.

**Die Arktis ist Lebensraum für eine Vielzahl von indigenen Völkern. Ihre traditionelle Lebensweise wird jedoch zunehmend durch wirtschaftliche Projekte, Rohstoffabbau und die Folgen des Klimawandels bedroht.**

Für die indigenen Gemeinschaften wird das Leben in der Arktis immer gefährlicher: Die globale Klimaerwärmung ist in keiner anderen Region auf der Welt so deutlich spürbar. Weil immer mehr Eis schmilzt und nur für kurze Perioden zufriert, befürchten die Inuit in Grönland, dass sie die Jagd und das Fischen bald aufgeben müssen. Ähnlich geht es der Sami-Gemeinschaft in Norwegen: Durch den Klimawandel hat sich die Reihenfolge von Regen- und Schneefällen sowie Auftauen und Frost geändert, so dass ihre Rentiere kein Futter mehr finden. Die Rentierzucht ist für die Sami untrennbar mit der eigenen Identität verbunden – sie ist das Herz der Sami-Kultur. Der Verlust dieser Tradition wäre für sie fatal.

### Grosse Ausbeutung der Arktis

Der Klimawandel ist jedoch nicht die einzige Gefahr für die arktischen Indigenen. Die nördlichste Region der Erde, die Teile von Russland, Alaska, Kanada, Grönland und Fennoskandinavien (Lappland) umfasst, ist ein sehr rohstoffreiches Gebiet. Dies zieht viele Rohstoffindustrien an und es entstehen laufend neue Seehäfen und Autobahnen. Diese oft sehr umweltbelas-

tenden Aktivitäten geschehen auch auf indigenem Gebiet und nehmen den ansässigen Gemeinschaften die Lebensgrundlage. So steigt der Druck der Industrien auf Land und Leben der Sami. Windkraftanlagen, Strassen und Arbeitersiedlungen durchkreuzen ihre Rentierweiden. In Alaska und Kanada wehren sich die Gwich'in-Gemeinschaften seit Jahren gegen die Erdöl- und Erdgasexplorationen der US-Regierung. Und auch in Russland bangen indigene Gemeinschaften um ihre Existenz, weil ihre Territorien nicht geschützt sind.

### Dieselöl bedroht indigenes Leben

Im vergangenen Mai flossen tausende Tonnen von Dieselöl aus einem beschädigten Tank des russischen Nickelproduzenten Nornickel in die freie Natur. Nördlich des Unfallorts sind die indigenen Gemeinschaften der Dolganen, Nenzen und Nganassanen beheimatet. Tjan Zaotschnaja, ehrenamtliche Sibirien-Expertin der GfbV-Deutschland, sagt: «Die Jäger, Sammler und Fischer dort sind auf die verseuchten Flüsse und Seen angewiesen – auf die Fische, Zugvögel, aber auch auf das Trinkwasser für sich und ihre Rentiere. Der Diesel bedroht nicht nur ihre traditionelle Lebensweise, sondern auch ganz konkret ihr Leben.» Rechtlich sind die indigenen Völker in Sibirien besonders schlecht gestellt. Russland hat die Konvention 169 der ILO nicht ratifiziert und enthielt sich bei der Abstimmung zur UN-Deklaration zu den Rechten indigener Völker. Verheerend

ist auch, dass der russische Staat die Kontrolle über den Dachverband der indigenen Völker RAIPON hat. Daher haben viele russische Indigene RAIPON verlassen und das Netzwerk Aborigen Forum aufgebaut.

### Bergbau verletzt die Kultur der Sami

In Norwegen erhielt das Bergbauunternehmen «Nussir ASA» die Bewilligung für den Bau eines Bergwerks in der Gemeinde Kvalsund, in Repparfjorden. Der gesamte Abraum soll in den Fjord gekippt werden. Die ansässige Sami-Gemeinschaft lehnt das Projekt ab: «Der Bergbau hätte grosse Auswirkungen auf die Sami-Kultur und ihre Lebensweise, sowohl auf die Fischerei als auch die Rentierhaltung. Das können wir nicht zulassen», sagte Beaska Niilas des norwegischen Sami-Vereins zum Barents Observer. Die GfbV fordert, dass Nussir ASA das Projekt stoppt, bis eine einvernehmliche Lösung mit den betroffenen Sami gefunden worden ist.

Grundsätzlich fordert die GfbV, dass die Landrechte der Sami und der indigenen Völker Russlands anerkannt und Schäden auf ihren Territorien angemessen finanziell abgegolten werden.

Text: **Thomas Heusser** GfbV-Praktikant Kampagnen  
**Amy Douglas** GfbV-Praktikantin Kommunikation



### Briefaufruf an Elon Musk

Anfang August schrieb die indigene Organisation Aborigen Forum einen offenen Brief an Elon Musk. Darin bitten sie den Tesla-CEO, für seine Elektroautos keine Metalle des russischen Unternehmens Nornickel zu beziehen, angesichts der Dieselkatastrophe im Mai. Im Brief heisst es: «Die Ländereien der indigenen Völker, die vom Unternehmen für die industrielle Produktion ausgebeutet worden sind, ähneln jetzt einer Mondlandschaft, und eine traditionelle Nutzung dieser Ländereien ist nicht mehr möglich.» Das Anliegen wurde mit den Hashtags #AnswerUsElonMusk, #NoNickelFromNornickel, #DefendIndigenousArctic in den sozialen Medien verbreitet.

## «Das Wasser ist vergiftet»



FOTO: ZVG

Der russische Aktivist Rodion Sulyandziga ist Leiter des «Centre for the Support of indigenous Peoples of the North» und Mitglied des «Aborigen Forum». Er gehört der indigenen Gemeinschaft der Udehe im Osten Sibiriens an.

### Das «Aborigen Forum» lancierte nach dem Dieselöl-Unfall der Firma Nornickel die Social Media-Kampagne «#AnswerUsElonMusk». Was ist deren Ziel?

Wir möchten breite internationale Aufmerksamkeit für eine der grössten Umweltkatastrophen, die auch eine Katastrophe für die lokale Bevölkerung ist: die indigenen Rentierhalter-Gemeinschaften auf der Taimyr-Halbinsel. Wir sprechen den Unternehmer Elon Musk an, da er kürzlich öffentlich verkündete, dass er mehr Nickel brauche. Ausserdem ist er ein berühmter Geschäftsmann mit grossem Einfluss. Wir sind glücklich über die grosse Solidarität von zahlreichen Umweltorganisationen und der Zivilgesellschaft.

### Wie ist die Situation der indigenen Gemeinschaften auf der Taimyr-Halbinsel ein paar Monate nach der Diesel-Katastrophe?

Das «Aborigen Forum» ist in engem Kontakt mit den indigenen Leader in der Region. Diese berichten von verheerenden Zuständen: Das Wasser ist vergiftet und die Fische aus den Flüssen sind nicht mehr essbar. Das «Aborigen Forum» beobachtet die Lage auf der lokalen Ebene und bietet Unterstützung an. Denn die Verhandlungen mit dem Unternehmen und der Lokalregierung finden nicht auf Augenhöhe statt. Wir fordern, dass die indigenen Gemeinschaften rechtlich geschützt werden und dass traditionelles indigenes Wissen in Prozesse und Entscheidungen einbezogen wird.

### Ist dieser Fall exemplarisch für die Situation der indigenen Gemeinschaften in Sibirien?

Diese Art von Unglück ist leider keine Seltenheit in Sibirien. Insbesondere auch bei der Öl- und Gasförderung passieren immer wieder solche Umweltkatastrophen. Dies zeigt klar auf, dass so viel falsch läuft auf Ebene der Regierung. Die Regionalregierungen decken die Firmen und sorgen nicht dafür, dass die Gemeinschaften und die Umwelt geschützt werden.

Interview: **Tabea Willi** GfbV-Kampagnenleiterin

## COVID-19: doppelte Bedrohung im Amazonas

Für indigene Gemeinschaften sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie verheerend. Denn sie sind besonders anfällig für Infektionskrankheiten, ihr Zugang zum Gesundheitssystem ist oftmals schlecht, und sie können sich in Krisenzeiten noch schlechter Gehör verschaffen als ohnehin. Das zeigt sich deutlich am Beispiel Brasilien.

Diesen Herbst waren 158 indigene Gemeinschaften in Brasilien vom Corona-Virus betroffen, es gab Mitte Oktober 36'082 Infizierte, darunter 846 Todesfälle. Dies vermeldete die Partnerorganisation APIB (Articulação dos Povos Indígenas do Brasil). Am meisten Tote verzeichnet der Bundesstaat Amazonas. Währenddessen stellt Präsident Bolsonaro die Wirtschaft an erste Stelle.

So hat die systematische Abholzung des Amazonas-Regenwaldes in Brasilien in diesem Jahr neue Höchstwerte erreicht. Julia Büsser, GfbV-Kampagnenleiterin, sagt: «Während die meisten indigenen Gemeinschaften sich in Selbstisolation begaben und versuchen, sich vor dem Corona-Virus zu schützen, wird ihr Lebensraum Stück für Stück zerstört.» Dadurch werden die indigenen Gemeinschaften im Amazonas von zwei Seiten in ihrer Existenz bedroht – durch die Zerstörung ihres Lebensraums und durch das Virus.

Der Schutz des Regenwaldes und Gesundheitsfragen sind eng miteinander verknüpft, unter anderem, weil Krankheitserreger durch illegale Eindringlinge, etwa Goldgräber oder Holzfäller, eingeschleppt werden. Umso erfreulicher ist, dass die Gemeinschaft der Tupinambá im brasilianischen Amazonas vergangenen August und Oktober die Demarkierung ihres Territoriums fortsetzen konnte.

Die GfbV arbeitet eng mit der Gemeinschaft der Tupinambá zusammen und unterstützt deren Selbstdemarkierungsprozess mit juristischem Wissen und finanziellen Beiträgen, damit ihr Territorium als indigenes Gebiet anerkannt werden kann.

Text: **Amy Douglas** GfbV-Praktikantin Kommunikation



## «Die Menschen sind froh, wenn sie morgens noch atmen»

**Die Kasachin Sayragul Sauytbay war Gefangene in einem Zwangslager in Ostturkestan (chinesisch Xinjiang). Dort wurde sie Opfer und Zeugin von Grausamkeiten, die sie seit ihrer Flucht Tag und Nacht verfolgen.**

Interview **Amy Douglas** GfbV-Praktikantin Kommunikation / Foto: **Regina Recht**

### **Sie fühlen sich verpflichtet, Ihre Geschichte an die Öffentlichkeit zu tragen, allen Gefahren zuwider.**

Ich wurde Zeugin, wie unschuldige Menschen in Ostturkestan in Konzentrationslagern festgehalten und gequält wurden. Es ist meine menschliche Verpflichtung, dass ich die Stimme dieser Menschen werde. Wenn ich das nicht an die Öffentlichkeit trage, werden die Minderheiten in Ostturkestan vernichtet. Ich wünsche mir von den demokratischen Ländern wie den USA oder der Schweiz, dass sie uns unterstützen.

### **Welche Erinnerungen aus der Zeit im Zwangslager quälen Sie am meisten?**

Ich habe viele Gräueltaten erlebt, aber am meisten belasten mich die Misshandlungen und Vergewaltigungen der Frauen. Einmal habe ich gesehen, wie mehrere Chinesen eine junge Frau vergewaltigten. Ausserdem werden Frauen mit Medikamenten und Spritzen gegen ihren Willen sterilisiert. Diese Bilder quälen mich immer noch. Im Lager gab es auch eine sogenannte «schwarze Kammer». Dort steckten die Behörden eine Person hinein und dann hörte man die Schreie der Menschen, wie sie gefoltert wurden. Manche von ihnen wurden halbtot aus dieser Kammer herausgetragen, andere hat man nie mehr gesehen. Ich kann diese Bilder nicht vergessen. Ich kann nicht mehr ruhig schlafen. Bis heute kann ich keine Mahlzeit ruhig essen. Immer sehe ich die Augen dieser Leute vor mir. Und die sagen mir auch, dass ich ihnen eine Stimme geben muss, um sie zu retten.

### **Aber auch ausserhalb dieser Zwangslager herrscht Überwachung. Sie sprechen von einem «Freiluftgefängnis». Was bedeutet dies genau für die Bevölkerung in Ostturkestan?**

Ein Teil der Bevölkerung von Ostturkestan wird in Konzentrationslagern oder Gefängnissen festgehalten, ein anderer Teil wurde zu Zwangsarbeit in- und ausserhalb Ostturkestans deportiert. Die verbliebenen Menschen können vor lauter Angst weder laut sprechen noch tief einatmen. Jederzeit könnten Soldaten vorbeikommen und Leute unter Vorlegung falscher Beweise in die Lager abführen. Niemand ist sicher in Ostturkestan. Die Menschen sind froh, wenn sie morgens noch atmen.

### **Was braucht es, um den Grausamkeiten in Ostturkestan ein Ende zu bereiten?**

Wir dürfen nicht schweigen. Eine Minute Schweigen bedeutet weitere Tote in Ostturkestan. Wir müssen gegen diese Brutalität

kämpfen. Meine Forderung an die westlichen Länder ist, dass sie wirksame Massnahmen ergreifen. Zum Beispiel im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit China. Man könnte einschneidende Sanktionen verordnen gegen die chinesische Regierung. Man könnte die Bankkonten chinesischer Führungskräfte blockieren. Wir dürfen nicht abwarten, denn China begeht immer grössere Verbrechen. Ich habe die Hoffnung, dass die Gerechtigkeit irgendwann gewinnen wird.

### **Gibt es für Sie irgendwo einen Hoffnungsschimmer?**

Einige demokratische Länder haben Unzufriedenheit mit China geäussert und teilweise Massnahmen ergriffen. Wenn wir alle zusammenstehen und das Thema auf den Tisch bringen, können wir viel erreichen. Zusammensein ist unsere Stärke. Zu schweigen ist im Angesicht all dieser Brutalität auch ein Verbrechen.

### **Welche Unterstützung brauchen uigurische und kasachische Gemeinschaften im Exil?**

Es sind viele Einzelpersonen, die alle für die Gerechtigkeit für die Menschen in Ostturkestan kämpfen. Viele engagieren sich in Vereinen. Um ihre Wirkung zu vergrössern, sind sie auf die Unterstützung der jeweiligen Regierungen angewiesen. Sie können zum Beispiel kontaktiert werden, um als Zeuginnen und Zeugen aufzutreten. Wenn ich weiterhin eine Stimme sein kann, dann freut es mich. Ich werde nicht müde, weiterzukämpfen.

### **«Die Kronzeugin»**

2017 wurde die Staatsbeamtin Sayragul Sauytbay in ein chinesisches Zwangslager deportiert, um dort ihre Mitgefangenen in der chinesischen Sprache, Kultur und Politik zu unterrichten. Dabei erhielt sie Einblick in geheime Strategiepläne der Regierung. Das Buch «Die Kronzeugin» ist Sauytbays eindringlicher Insider-Bericht über den grössten Überwachungsstaat unserer Zeit und Chinas Machtpolitik.

Das Buch ist im Sommer 2020 im Europa-Verlag, Zürich erschienen. Es entstand in Zusammenarbeit mit der freien Autorin und Journalistin Alexandra Cavelius.